

Spielberg – ein Millionengrab

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

„Möglicherweise muss das Land zur Kenntnis nehmen, dass Absichtserklärungen noch lange keine gültigen Verträge sind“, – das haben wir im September in der Volksstimme geschrieben. Leider haben sich unsere Befürchtungen bewahrheitet.

Es ist also passiert: Es gibt keinen positiven Bescheid für eine neue Rennstrecke in Spielberg. Aber die Investoren VW, KTM, Magna und Red Bull sind nicht mehr an diesem Projekt interessiert. Fünf Millionen Euro hat das Land für das Genehmigungsverfahren investiert und so in den Sand gesetzt.

Jetzt zeigt sich, wie verantwortungslos es war, den modernen A1-Ring abzureißen. 2004 ließ ja Red Bull-Chef Dietrich Mateschitz mit dem Segen der damaligen Landesregierung die Bagger auffahren. Renn- und Teststrecken, eine Motorsport-Akademie, Hotel und vieles mehr sollte entstehen. Man sprach damals von 700 Millionen Euro Projektkosten.

Dann kam das böse Erwachen, weil es für dieses große Projekt auf Grund schwerer Verfahrensmängel keine Genehmigung gab. Auch der Militärflughafen wurde nicht für die Flugakademie geöffnet. Allerdings: Die bestehende Rennstrecke war demoliert und damit Millionen an Steuergeldern vernichtet. Das Land baute nun auf Absichtserklärungen von VW, KTM, Magna und Red Bull, die sich für ein verkleinertes Projekt „Spielberg Neu“ stark machten, wenn sie sich nicht selbst um die Genehmigungen kümmern

müssen. Also butterte das Land weitere fünf Millionen Euro in eine Entwicklungsgesellschaft, die im Herbst 2007 die Genehmigungen in der Tasche hatte.

Die „Investoren“ erteilten Spielberg Neu dennoch eine Absage. VW wartete nicht einmal auf den Ausgang des Genehmigungsverfahrens und teilte bereits im Sommer mittels einer simplen Presseaussendung mit, nicht mehr interessiert zu sein. Offensichtlich konnten diese Konzerne ohne Konsequenzen aus dem Projekt aussteigen, weil es die Verantwortlichen verabsäumt haben, verbindliche Verträge abzuschließen. Selbst wenn noch eine Version „Spielberg light“ kommt, hat die Region weniger als vor dem unverantwortlichen Abriss der Rennstrecke.

Die KPÖ wird auf eine Offenlegung der politischen Verantwortung und der Gesamtkosten drängen. Eine diesbezügliche Anfrage ist

an LH Franz Voves, LHStv. Hermann Schützenhöfer und Wirtschafts-Landesrat Christian Buchmann ergangen.



KOMMENTAR

Spielberg – die Hilflosigkeit der Politik

Von KPÖ-LAbg. RENATE PACHER



Das Scheitern des Projektes Spielberg ist ein Lehrbeispiel dafür, was PolitikerInnen bleibt, wenn sie ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand geben: bitten und hoffen.

Die Politik hat Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen: Durch eigene Betriebe im öffentlichen Eigentum oder Finanzierung von Arbeitsmarktprojekten. Der Privatisierungswahn der letzten Jahrzehnte hat diese Möglichkeiten vertan. Durch die Umwandlung Österreichs in ein Steuerparadies für Reiche fehlen die Budgetmittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

So bleibt PolitikerInnen nur bei Konzernen um die Ansiedelung

von Betrieben zu werben und mit Wirtschaftsförderungen zu winkeln. Im Falle Spielberg war die Landesregierung bereit, eine moderne Rennstrecke abreißen zu lassen und ein neues Veranstaltungsgesetz durch den Landtag zu peitschen. Nach dem Scheitern des ersten Projektes übernahm das Land die Verpflichtung, das neue Projekt selbst zur Genehmigung zu führen. Die bloße Absichtserklärung von Red Bull, Magna, VW und KTM, das Projekt betreiben zu wollen, genügte, um Steuermittel fließen zu lassen. Kostenpunkt: fünf Millionen Euro. Eine Summe, die für die Gründung eines kleineren Betriebes in Landeseigentum ausreicht.

Nun sind die Konzerne plötz-

lich nicht mehr am

Projekt interessiert. SPÖ und ÖVP zeigten sich maßlos enttäuscht und hoffen, dass Red Bull und KTM doch noch eine kleinere Version „Spielberg light“ verwirklichen.

PolitikerInnen haben nicht die Aufgabe, in VIP-Zelten gutes Wetter zu machen. Sie haben die Aufgabe, selbst zu gestalten. Durch den Wiederaufbau eines öffentlichen Sektors und durch eine Besteuerung von Gewinn und Vermögen und Verwendung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Sonst machen sie sich selbst zu gut bezahlten Bittstellern.